

Landratsamt Enzkreis

Kreisabteilung Enzkreis

An die Damen und Herren Abgeordnete des Enzkreises
im Bundestag und Landtag von Baden-Württemberg

Gunther Krichbaum MdB
Katja Mast MdB
Viktoria Schmid MdL
Dr. Marianne Engeser MdL
Dr- Hans-Ulrich Rülke MdL

28. Januar 2016

Entwicklungen im Bereich Flüchtlingshilfe

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Enzkreises im Bundestag und Landtag von Baden-Württemberg,

die Situation mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in den Stadt- und Landkreisen gestaltet sich von Woche zu Woche schwieriger. Es wird immer problematischer, die erforderlichen Unterkunftsplätze in der benötigten Zahl bereit zu stellen. Für den Enzkreis und seine Städte und Gemeinden heißt dies jede Woche ca. 100 Plätze neu zu schaffen.

Der Widerstand vor Ort wird dabei immer heftiger und das Landratsamt und die Kommunen sind seit Monaten im Krisenmodus. Eine Entspannung ist nicht in Sicht. Die Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dauern im Schnitt immer noch unsäglich lange, die Zahl der rückgeführten abgelehnten Bewerber ist äußerst gering.

Folglich sind die Unterkünfte des Kreises immer noch mit einem hohen Prozentsatz von Personen blockiert, die kein Bleiberecht haben, aber immer noch ungekürzt von den sozialen Leistungen für Flüchtlinge profitieren. Ein unhaltbarer Zustand! Wir sind dafür, dass bei Personen ohne Bleibeperspektive das Niveau der Sozialleistungen gesenkt wird, um so wesentliche Anreize für einen Aufenthalt in Deutschland zu beseitigen.

Wenn weiterhin nichts Entscheidendes passiert, werden wir alleine im Enzkreis zur Jahresmitte da. 5000 Menschen aufgenommen haben. Auf eine solche Zahl sind die staatlichen und kommunalen Stellen nicht vorbereitet, es ist auch nicht zu erkennen, wie bei einer solchen Anzahl von Menschen eine Integration gelingen kann, geschweige denn ausreichend Plätze in Schulen und Kindergärten bereit stehen. Schon jetzt warten mehrere Hundert junge Flüchtlinge auf schulische Plätze.

Wir befürchten stattdessen, dass der Frust der Flüchtlinge über die überwiegend dürftige Unterbringung und die fehlenden Integrationsangebote weiter in Unmut und andere negative Dinge umschlägt. Dies wird die Stimmung von Teilen der Bevölkerung gegen Flüchtlinge weiter verstärken.

...

Wir haben kein Verständnis dafür, dass in der Bundespolitik nur ein öffentliches Tauziehen mit immer neuen Vorschlägen stattfindet, aber tatsächlich nichts Entscheidendes auf den Weg gebracht wird, um zu einer Entlastung zu kommen. Wir meinen, dass sich die Große Koalition sich am Riemen reißen muss und beispielsweise das sogenannte "Zweite Asylpaket" zügig auf den Weg bringen muss.

Der Spitzenverband der Landkreise, der Deutsche Landkreistag, dessen Präsidium Karl Röckinger angehört, hat hierzu zutreffend formuliert: "Jetzt sei die Zeit des Handelns, nicht des akribischen Abwägens parteipolitischer Präferenzen. Zupacken ist mehr gefragt als wohlfeil austarierte Kompromisse..." Insofern brauchen wir eine zeitnahe Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsländer und auch neue Regelungen beim Familiennachzug. Deutschland alleine kann dies zusätzlich nicht stemmen.

Wir brauchen auch Regelungen zur Beschleunigung der Asylverfahren, damit bei Bewerbern aus sicheren Herkunftsstaaten bald Klarheit über deren Aufenthaltsstatus besteht.

Wir brauchen diese und weitere hilfreiche und konsequente Regelungen und deren Vollzug bald, damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenz der Politik nicht noch weiter schwindet.

Die Landkreise und die Städte und Gemeinden haben auch große Sorgen, was die Finanzierung der stetig steigenden Kosten der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge angeht. Sie fürchten sich davor, dass man sie finanziell im Regen stehen lässt, obwohl Ministerpräsident Kretschmann und Finanzminister Schmid im Herbst 2015 öffentlich versprochen haben, dass die Kosten "spitz" mit dem Land abgerechnet werden können, also die tatsächlichen Kosten erstattet werden.

Dieses Versprechen wurde immer noch nicht in einem Gesetz umgesetzt, obwohl die Unterbringung der Flüchtlinge eine Landesaufgabe ist, die die Landratsämter für das Land Baden-Württemberg ausführen. Dies ist für uns eine sehr enttäuschende Entwicklung, zumal alle Kreishaushalte in Baden-Württemberg im Jahr 2016 darauf basieren, dass eine 100%ige Kostenerstattung erfolgt. Wir warten auch dringend auf die Festlegung von vernünftigen und den aktuellen Umständen gerecht werdenden Personalschlüsseln als Basis für die Kostenerstattung.

Es ist nicht hinzunehmen, dass wir Tag für Tag finanziell folgenschwere Entscheidungen treffen müssen, ohne letztendlich zu wissen, ob wir dafür Ersatz erhalten oder nicht. Es wäre dem Kreistag und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sehr schwer zu vermitteln, wenn der Kreis letztendlich für eine Landesaufgabe auf Kosten sitzen bleiben würde und die Städte und Gemeinden dies über die Kreisumlage finanzieren müssten.

Die Landkreise nehmen Woche für Woche die Flüchtlinge auf, sie haben einen Anspruch bald eine verlässliche, gesetzliche Grundlage für die Erstattung aller Kosten zu erhalten.

Gleiches gilt für die Kosten, die in den Gemeinden nach der vorläufigen Unterbringung entstehen, also für Geduldete und Personen in der Anschlussunterbringung. Auch hier hängen wir total in der Luft, der Kreis mit den Mietkosten nach Hartz 4 und die Gemeinden mit den sonstigen, hohen Kosten. Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat unlängst eine Folgekostenberechnung erstellt, die auf hohe zusätzliche Lasten kommt.

Wir fordern deshalb von allen im Landtag vertretenen Parteien die Verabschiedung entsprechender Regelungen noch vor der Landtagswahl im März. Auch die Oppositionsparteien im Landtag von Baden-Württemberg, CDU und FDP sind hier zu einem klaren Bekenntnis und zur Unterstützung gefordert.

Die Sache ist auch deswegen dringlich, weil einzelne Landkreise im Land schon gezwungen sind, aufgrund der hohen tatsächlichen Kosten und der aktuell nicht ausreichenden Kostenerstattung sich mit Kassenkrediten zwischen zu finanzieren, dies befürchten wir auch in Folge für die Städte und Gemeinden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wir bitten Sie sehr, sich für vernünftige und schnell wirkende Entlastungen der Kommunen einzusetzen. Noch sind wir in der Lage, die Hilfe für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zum Positiven zu entwickeln. Jedes weitere Verzögern, Beharren auf Positionen und mangelnder Einigungswille droht uns in eine bedenkliche Entwicklung zu führen.

Wir sind in echter Sorge und hoffen auf Ihre Hilfe.

Mit freundlichen Grüßen



Karl Röckinger
Landrat des Enzkreises



Bürgermeister Jürgen Kurz
Vorsitzender der Kreisabteilung Enzkreis
des Gemeindetags